

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Lehren aus einem Generalstreik

In Frankreich hatten die Gewerkschaftsorganisationen zum 17. Mai 1967 zu einem 24stündigen Generalstreik aufgerufen. Angesichts eines so wichtigen Beschlusses erschienen, zumindest auf den ersten Blick, die dafür angegebenen Motive vergleichsweise gering: mit ausdrücklicher Billigung des französischen Staatschefs *de Gaulle* hatte die Regierung des Premierministers *Georges Pompidou* kurz nach den Parlamentswahlen vom Monat März, und bevor noch die neu gewählte Nationalversammlung ihre legislative Tätigkeit aufnehmen konnte, beschlossen, Ermächtigungsvollmachten bis Ende Oktober für die Durchführung „dringender wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen“ zu fordern. Artikel 38 der Verfassung läßt eine solche Prozedur ausdrücklich zu, unter der Voraussetzung, daß das Parlament nicht einen Tadelantrag gegen die Regierung annimmt, der diese zum Rücktritt zwingt. Nur acht Stimmen fehlten am Tage der Abstimmung für die Annahme eines solchen Antrages; die Vollmachten sind der Regierung gewährt worden: es ist also alles streng „legal“ vor sich gegangen.

Es versteht sich von selbst, daß eine so trockene, den Tatsachen vollkommen entsprechende Darstellung der Dinge nicht dazu geeignet ist, die Erregung der Gewerkschaftsorganisationen zu erklären, die in einem Generalstreikbeschuß zum Ausdruck kam, wenn nicht einiges über das in Frankreich herrschende „Klima“ gesagt, wenn nicht die Atmosphäre geschildert wird, die einen solchen Beschluß überhaupt konzipieren und zur Durchführung bringen ließ.

Das „Klima“: Seit der Schaffung des gaullistischen Regimes im Jahre 1958 herrscht zwischen dem Regime und den Gewerkschaften ein fast permanenter Konfliktzustand, der nur von Zeit zu Zeit, und insbesondere während

des Algerienkrieges, von einem kurzbefristeten „Waffenstillstand“ unterbrochen wurde. Der Hauptgrund, wenn man von den verschiedenen Episoden absieht: das gaullistische Regime ist allergisch gegenüber allen „Vermittlern“ (Parlament, Parteien und Gewerkschaften insbesondere), die die von *de Gaulle* gewollte „direkte Zwiesprache“ mit dem Volk, die plebiszitäre Form der „Demokratie“, unterbrechen wollen.

Der spezifische Grund: Die Sozialpolitik des Regimes, die von Beginn an konservativ orientiert war, hatte die Gewerkschaftsorganisationen, die im Lande und im Parlament von der geschwächten politischen Linken nur ungenügen unterstützt wurden, zu einer Reihe von mehr oder minder großen Streikbewegungen gezwungen, die schwierig und in vielen Fällen erfolglos waren, da die Unternehmer, denen von der Regierung der Nacken gesteuert wurde, eine äußerst starre Haltung einnahmen und in den meisten Fällen Verhandlungen über den Abschluß neuer Kollektivverträge ebenso verweigerten wie die Regierung im nationalisierten und verstaatlichten Sektor der Wirtschaft. Seit vielen Jahren waren zahllose Streiks, insbesondere im öffentlichen Dienst, das Ergebnis dieser Haltung.

Der Generalstreikbeschuß zum 17. Mai kam also nicht von ungefähr. Die Tatsache, daß er gefaßt wurde, war in erster Linie auf die Veränderung des politischen „Klimas“ zurückzuführen: Die relative Schluppe der Gaullisten bei den Parlamentswahlen im Monat März und der relative Erfolg der Linken hatten eine Stimmung geschaffen, die eine solche Bewegung nicht als ein Abenteuer erscheinen ließ; allzu skandalös erschien nicht nur im gewerkschaftlichen Sektor — sondern bis hinein in konservative Kreise — der Beschluß der Regierung, das neu gewählte Parlament sozusagen auf Eis zu legen.

Indessen wäre der Beschluß der Gewerkschaften, das Land für 24 Stunden lahmzulegen, wohl kaum gefaßt worden, hätte die Regierung nicht durchblicken lassen, daß die von ihr geforderten Ermächtigungsvollmachten auch

dazu dienen sollten, das System der Sozialversicherung zu „sanieren“; es wurde kaum verheimlicht, daß es vor allem darum ging, die Beiträge zu erhöhen und die Leistungen zu senken. Eine kurze Erklärung erscheint hier erforderlich: Die Gewerkschaften stellen nicht in Abrede, daß ein bedeutendes Defizit der „Securite Sociale“ vorhanden ist, aber sie sagen — und zu Recht —, daß eine Reform des Systems der Sozialversicherung vor allem darauf beruhen müßte, die pharmazeutische Industrie, die ohne jede Kontrolle die Preise für die Medikamente in die Höhe schnellen läßt, zur Raison zu bringen, das heißt, sie aus dem System der privatwirtschaftlichen Verpflichtungen zu lösen. Weiterhin befürchteten die Gewerkschaftsorganisationen, daß die Regierung die Vollmachten benutzen würde, um autoritär ein Problem zu lösen, das in Frankreich eine echte Psychose geschaffen hat und das den Generalstreikbeschuß der Gewerkschaften in vieler Hinsicht erklärt: das der „Sicherheit des Arbeitsplatzes“. Zu beachten ist in dieser Hinsicht, daß gerade in den letzten Monaten in zahlreichen Gegenden des Landes Entlassungen vorgenommen wurden, und daß sich, insbesondere im Westen und im Osten des Landes, die Furcht vor Arbeitslosigkeit ausgebreitet hat: Welche Garantien, so fragten die Gewerkschaften, könnte eine Regierung, die sich über die Jahre hinweg nicht zur Diskussion bereit fand, geben, um in dieser Beziehung nicht ohne — und gegen — die Organisationen der Arbeitnehmer Maßnahmen zu treffen, die einschneidende Auswirkungen auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialstruktur haben könnten?

Politische, wirtschaftliche und soziale Überlegungen hatten also zur Generalstreiklösung geführt. Daß dieser Bechluß der allgemeinen „Stimmung“ entsprach, mag an einem Beispiel erhellt werden: Die freigewerkschaftliche Organisation *Force Ouvriere*, die dem IBFG angehört und die in den letzten Jahren immer eine vorsichtige und gemäßigte Haltung eingenommen hatte (insbesondere, wenn es sich um Streikbewegungen handelte, die in irgendeiner Weise einen politischen Aspekt hatten), rief diesmal ausdrücklich zum Streik auf: zwar unabhängig von den anderen Gewerkschaftsorganisationen, aber dennoch in der gleichen Form und mit der gleichen Entschlossenheit.

Ein kurzer Blick auf die Struktur der französischen Gewerkschaftsorganisationen erscheint für die Vorbereitung und für den Verlauf des Streiks erforderlich, um falschen Vorstellungen vorzubeugen: Von jeher ist die französische Gewerkschaftsbewegung eine „Bewegung der Minderheit“ gewesen, das heißt, daß es ihr in ihrer langen Existenz kaum gelungen ist, eine „Massenbewegung“ im Sinne der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu werden. Die Gründe dafür liegen in der geschichtlichen Entwick-

lung, und *ein* Faktor mag dabei eine besondere Rolle gespielt haben: die Tatsache nämlich, daß der erhebliche anarcho-syndikalistische Einfluß der Frühzeit der Gewerkschaftsorganisationen einer massenmäßigen Erfassung der Arbeitnehmer immer im Wege gestanden hat.

Nur zwei Ausnahmen haben diese allgemeine Regel bestätigt: Im Jahre 1936, während der Periode der Volksfront, strömten Millionen von Arbeitern in die Gewerkschaftsverbände, und wiederum im Jahre 1945, nach Kriegsende. In beiden Fällen hatte die Stärkung der politischen Linken, die ihrerseits einer Bewußtseinsveränderung entsprach, zu einem großen Zustrom zu den Gewerkschaften geführt — um dann nach kurzer Zeit wieder einer rückläufigen Bewegung Platz zu machen. Aber selbst in den Fällen, in denen die französischen Gewerkschaften, wie vor dem ersten Weltkrieg, nur einige Hunderttausende Mitglieder zählten, war ihre Schlagkraft groß. Das „Geheimnis“ dieses Phänomens: Die französische Gewerkschaftsbewegung beruhte — und beruht zum großen Teil immer noch — auf der Tätigkeit der „militants“, der aktiven Funktionäre in den Betrieben, wo ihre Autorität sehr groß und fast immer ausreichend ist, um große Bewegungen auszulösen, aber nicht ausreichend erscheint, eines tiefverwurzelten Individualismus Herr zu werden, der sich gegen eine Eingliederung in einen allzu festen Rahmen sträubt.

Darin liegt natürlich eine gewisse Schwäche der französischen Gewerkschaftsbewegung, die durch die aus politischen Gründen erfolgte Spaltung noch besonders unterstrichen wird.

Nicht weniger als fünf Gewerkschaftsverbände — von den zahlreichen autonomen Fachgewerkschaften abgesehen — machen sich in Frankreich den Einfluß unter den Arbeitnehmern streitig: die stark kommunistisch beeinflusste CGT, die früher christliche Gewerkschaft CFDT, die sich vor drei Jahren einen weltlichen Charakter gab, die freigewerkschaftliche *Force Ouvriere*, die christlich gebliebene CFTC und die CGC, die einen bedeutenden Teil der Techniker und „Kader“, das heißt des Führungspersonals der Betriebe und Administrationen, in ihren Reihen vereinigt hat. Hinzu kommt der FEN, der Dachverband des gesamten Lehrpersonals, der früher der CGT angehörte, der es aber bei der Gewerkschaftsspaltung des Jahres 1947 vorgezogen hatte, autonom zu bleiben und keinem der Bünde anzugehören, um die Einheit in seinen Reihen zu wahren.

Zum Generalstreik am 17. Mai hatten die CGT, die CFDT, *Force Ouvriere* und die FEN aufgerufen, während die CFTC die Streikparole ablehnte und die CGC — was sehr bezeichnend für die „Stimmung“ ist — in ihrem Vorstand die Streikparole mit nur einer Stimme Mehrheit verwarf.

Der Streik hatte „objektiv“ auch einen politischen Charakter, weil er direkt gegen die Regierung und gegen deren Beschluß gerichtet war, Ermächtigungsvollmachten zu fordern; aber mit mehr oder minder großer Entschiedenheit legten die Gewerkschaften Wert darauf, den „sozialen“ Charakter der Streikbewegung zu betonen. Die Linksparteien, die ihrerseits den Streikbeschluß begrüßten, ließen es sich dennoch angelegen sein, ausdrücklich auf seinen rein gewerkschaftlichen Charakter hinzuweisen, was dennoch eine gewisse „Zweideutigkeit“, auf die insbesondere die Regierung hinweise, nicht ausschloß: Wie in der Tat soll eine Bewegung bezeichnet werden, die gegen die Regierung gerichtet ist, wenn auch das Hauptziel darin besteht, sie an der Durchführung bestimmter sozialer und wirtschaftlicher Maßnahmen zu hindern?

Der Verlauf des Streiks war eindrucksvoll. Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß der Eisenbahnverkehr fast vollständig zum Erliegen kam, daß am 17. Mai keine Zeitung erschien, daß keine Post ausgetragen wurde, daß der Pariser Stadtverkehr fast vollständig brachlag, daß die Schulen geschlossen waren, daß die Gas- und Stromversorgung zum großen Teil unterbrochen wurde (was die Privatindustrie faktisch zum Stillstand brachte) und daß, mit einem Wort, am 17. Mai in Frankreich faktisch überall „gefeiert“ wurde, so kann kaum bestritten werden, daß der „große Erfolg“, von dem die Gewerkschaftsorganisationen sprachen, den Tatsachen entsprochen hat. Mehr noch: Die Tatsache, daß am 17. Mai etwa 150 000 Arbeiter in Paris der Aufforderung der Gewerkschaftsorganisationen Folge leisteten, zum Protest gegen die Ermächtigungsvollmachten der Regierung in einer eindrucksvollen Demonstration durch die Straßen zu ziehen, war für sich allein ein Beweis dafür, daß die Streiklösung der Stimmung „unten“ entsprochen hatte.

Indessen müssen, will man zu einer realistischen Einschätzung dieses Ereignisses gelangen, mehrere Hinweise gegeben werden. Zum ersten die Tatsache, daß die Streiklösung in der Privatindustrie offensichtlich weniger Anklang gefunden hat als im öffentlichen Dienst, wenn auch die Beteiligung in der Metallindustrie und in der chemischen Industrie bedeutend war. Viel weniger stark war sie in den zahlreichen kleineren und mittleren Betrieben, wo sich der gewerkschaftliche Einfluß seit ehedem nur unter sehr schwierigen Bedingungen bemerkbar machen kann.

Zum zweiten: Mit dem Begriff „Generalstreik“ sind bestimmte Vorstellungen verbunden, die auf revolutionäre Fermente in einer Gesellschaftsordnung schließen lassen. Es wäre irrig, den Streik vom 17. Mai, der unzweifelhaft die Stärke einer Gewerkschaftsbewegung manifestierte, die an Mitgliederzahl bedeutend

schwächer ist als die in der Bundesrepublik, als eine Aktion revolutionären Inhalts zu bezeichnen — sei es auch nur deshalb, weil keine einzige der Gewerkschaftsorganisationen, die zur Arbeitsniederlegung aufriefen, auch nur die geringste Absicht hatte, diesem Streik einen solchen Charakter zu verleihen.

Der Streik, der von vornherein auf 24 Stunden beschränkt war, sollte keine unmittelbaren „Folgen“ irgendwelcher Natur haben, sondern war von vornherein darauf abgestellt, der Regierung eine Warnung zu erteilen, die von den Streikenden etwa so verstanden wurde: „Diese Regierung, die es ablehnt, die Gewerkschaften als gültige Verhandlungspartner anzuerkennen und die überdies aus den letzten Parlamentswahlen geschwächt hervorgegangen ist, muß einen Denkkzettel erhalten; es muß ihr gezeigt werden, daß sie, was sie auch tun möge, mit uns rechnen muß.“

Die Berichte, die am Abend des 17. Mai aus allen Regionen Frankreichs kamen, lassen diese — und nur diese — Deutung zu. Das heißt allerdings nicht, daß der Streik vom 17. Mai „verpufft“ ist. Er hat im Gegenteil gezeigt, daß in Frankreich ein großes soziales Malaise herrscht, und daß Millionen von Menschen bereit sind, den Gewerkschaftsorganisationen zu folgen, Opfer zu bringen und sich als soziale Kraft zu behaupten; allein eine solche Feststellung — und sie ist unbestreitbar — zeigt, daß der Streik des 17. Mai nicht nur ein bedeutender Tag in der Geschichte der sozialen Kämpfe Frankreichs war, sondern auch ein Tag der Behauptung der Gewerkschaftsorganisationen, denen die Regierung den Fehdehandschuh hingeworfen hatte.

Die Auswirkung dieses Streiks für die absehbare Zukunft? Die Regierung wird gezwungen sein, im Zeichen der Ermächtigungsvollmachten sehr vorsichtig vorzugehen, denn am Willen der Gewerkschaftsorganisationen, die Lehren des 17. Mai zu nutzen, kann kein Zweifel bestehen. In dieser Hinsicht muß als besonders charakteristisch die Tatsache angesehen werden, daß in den Verlautbarungen aller Gewerkschaftsorganisationen nach dem Streik zwei Faktoren besonders unterstrichen wurden: 1. der Streik war insgesamt ein großer Erfolg; 2. neue Streikbewegungen werden entfesselt werden, wenn sich die Regierung entschließen sollte, „Notverordnungen“ anti-sozialen Charakters durchzuführen. Im Herbst, so nehmen die meisten französischen Gewerkschaftsfunktionäre an, dürften „weitere Auseinandersetzungen“ erfolgen.

Das etwa sind, summarisch betrachtet, die Lehren aus dem Streik vom 17. Mai, der, für viele überraschend, ein großes Land, inmitten der europäischen „Wohlstandsgesellschaft“ gelegen, für 24 Stunden lahmlegte.

Gustave Stern (Paris)